

Trumps Angriff auf die UN – und wie Deutschland reagieren sollte

Josef Braml

Die US-Außenpolitik gegenüber den Vereinten Nationen (UN) dient seit ihrer Schaffung amerikanischen Interessen. Verbunden mit seiner massiven Kritik an den UN fordert US-Präsident Donald J. Trump etwa Beitragszahlungen auf freiwilliger Basis, mehr Transparenz und eine bessere Mittelverwendung. Mit Austritten aus UN-Organisationen und -Verträgen sowie der Kürzung der US-Beiträge greift er das System der UN an. Sein instrumentalistisches Vorgehen entspricht der Haltung der politischen Elite, Interessengruppen und der Bevölkerung der Weltmacht. Die deutsche Politik sollte dennoch – im Blick auf einen effektiven Multilateralismus – pragmatisch jene US-Reforminitiativen unterstützen, die im gemeinsamen transatlantischen Interesse liegen, etwa die Stabilisierung prekärer und zerfallender Staaten. UN und NATO können zudem kooperieren, z.B. bei der Beilegung von Konflikten und der Friedenskonsolidierung – zumal der Einsatz von UN-Blauhelmen günstiger ist.

Wer zahlt, schafft an: Transaktionale Logik in der US-Außenpolitik

Der Ruf nach einer grundlegenden Reform der Vereinten Nationen wird bereits seit den 1990er Jahren in den USA immer heftiger. Als schlagkräftigste Militärmacht, größter Beitragszahler, ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat und Gastland des UN-Amtssitzes in New York haben die USA von Beginn an ihr politisches Gewicht eingesetzt, um sicherzustellen, dass die Organisation amerikanischen Interessen und Weltordnungsvorstellungen dient. Auch US-Präsident Donald J. Trumps „transaktionale Führung“¹, sein Geschäftsgebaren des Gebens und Nehmens, kann auf einen einfachen Nenner gebracht werden: Wer zahlt, schafft an. Dieses instrumentelle Verständnis der USA entspricht sowohl der internationalen Machtposition der Weltmacht als auch ihren inneren Präferenzen: ihrem missionarischen Selbstverständnis und Souveränitätsdenken, aber auch den Partikularinteressen amerikanischer Politiker und den von ihnen repräsentierten Interessengruppen und Bevölkerungsschichten.

Internationalisten und Realisten: Leitbilder amerikanischer Außenpolitik

Das Leitbild amerikanischer Außenpolitik hat sich im Laufe der Geschichte kontinuierlich zwischen Absonderung von der Welt und missionarischem Drang zur Weltverbesserung bewegt.² Der selbstverständene Ausnahmeharakter der USA, der sogenannte „Exzeptionalismus“³, offenbarte sich dementsprechend in unterschiedlicher Weise: Zum einen, indem die „beinahe auserwählte“⁴ Nation – die „city upon a hill“⁵ – selbstgenügsam der Welt als leuchtendes Vorbild diene, zum anderen, indem sie die Welt aktiv verändern wollte,⁶ sei es mit diplomatischen oder militärischen Mitteln, sei es durch Vorgehen im Alleingang oder mit Unterstützung anderer Staaten.

Die Weltbilder der liberalen Internationalisten, die vorübergehend den Ton in der US-Außenpolitik angeben haben, und der Realisten, die nach dem Debakel des Irakkrieges im Jahre 2003 wieder dominanter geworden

sind, könnten nicht unterschiedlicher sein. Verkürzt formuliert: Liberale Internationalisten haben ein eher optimistisches Menschenbild und wollen eine friedlichere Weltordnung demokratischer Staaten schaffen sowie internationale Institutionen und Freihandel fördern; sie sind auch bereit, aus humanitären Gründen einzugreifen. Realisten hingegen sehen die menschliche Natur skeptischer und hegen eher keine Entwicklungsperspektive. Sie haben ein rein machtpolitisch garantiertes zwischenstaatliches Arrangement im Sinn und sehen internationales Engagement viel beschränkter – nur bei Bedrohung

In der Weltsicht Trumps trachten Staaten danach, ihre eigenen nationalen Interessen rücksichtslos durchzusetzen. Militärische Macht ist in diesem Nullsummendenden ausschlaggebend, um im härter werdenden internationalen Wettbewerb zu gewinnen – zwangsläufig auf Kosten aller anderen Nationen.⁸ Die US-Regierung unter Oberbefehlshaber Trump sieht in ihrer militärischen Machtfülle den entscheidenden Wettbewerbsvorteil und setzt deshalb auf das Recht des Stärkeren. Der Nationale Sicherheitsberater Herbert Raymond McMaster und der Vorsitzende des Nationalen Wirtschaftsrats Gary Cohn

Kernbotschaften der US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen Nikki Haley:

Selbstverständnis:

“The United States is the moral conscience of the world. We will not walk away from this role. But we will insist that our participation in the UN honor and reflect this role.”

Ziel:

“I came to the UN with the goal of showing the American people value for our investment in this institution. And when I say ‘value,’ I’m not primarily talking about budgets. I’m talking about making the UN an effective tool on behalf of our values.”

Interessen:

“It’s past time that the Security Council acknowledge the importance of human rights abuses and demand that its member nations do the same.”

“We will lay out a comprehensive vision for how peacekeeping missions should be reviewed moving forward.”

“We’re also having the backs of our allies, and we’re not afraid to call out the governments that don’t have our backs. We will deal fairly with the people who are fair with us. If not, all bets are off.”

Quelle: Nikki Haley, Remarks at the Council on Foreign Relations, New York City, 29.3.2017, <https://usun.state.gov/remarks/7730> (Stand: 29.02.2018)

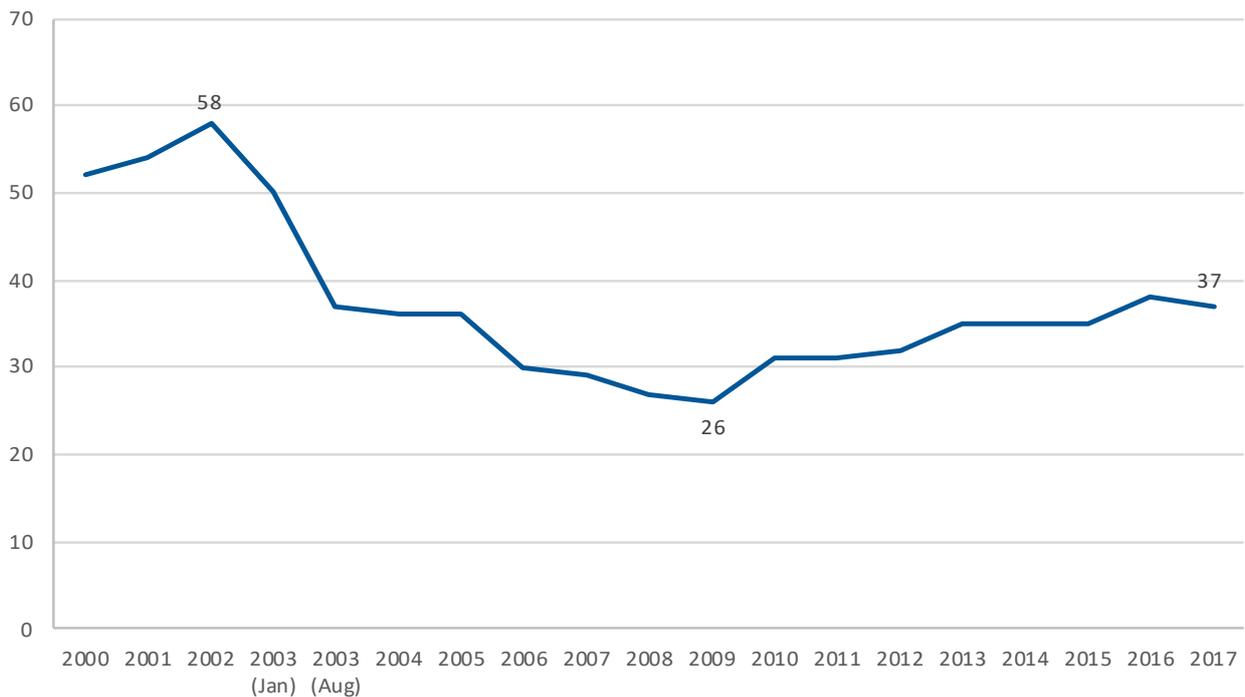
des ‚vitalen‘ Sicherheitsinteresses oder wenn äußere Gefahr in Verzug ist. Vor allem warnen die Realisten vor einer ständigen inneren Gefahr, die eigenen politischen Ressourcen zu überdehnen. Der aktuelle innenpolitische Widerstand gegen internationales Engagement hat sich als isolationistischer Reflex an beiden Rändern des politischen Spektrums formiert. Er bedeutet Wasser auf die Mühlen der Realisten.

Trump war mit einer isolationistischen ‚Amerika First‘-Kampagne in das Weiße Haus eingezogen. Auch seine Sicherheitsberater verfechten einen ‚principled realism‘. Das Grundprinzip des Präsidenten entspricht keinem internationalen, völkerrechtlichen Standard, sondern einem nationalistischen Selbstverständnis: „Amerikanische Werte zu fördern ist der Schlüssel für die Verbreitung von Frieden und Wohlstand in der Welt“ lautet die Grundüberzeugung der Nationalen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2017.⁷

erklärten dementsprechend, dass US-Präsident Trump ein klares Verständnis davon habe, „dass die Welt keine ‚globale Gemeinschaft‘ ist, sondern eine Arena, in der sich Nationen, NGOs und Unternehmen betätigen und um ihren Vorteil konkurrieren.“⁹

Diese als realistisch bezeichnete, aber sozialdarwinistisch anmutende Weltsicht widerspricht der als liberal-internationalistisch geltenden Vorstellung einer regelbasierten Weltordnung, in der die Vereinten Nationen, das Völkerrecht und das Gleichheitsprinzip der UN-Charta eine zentrale Rolle spielen. Als größte Beitragszahler hätten die USA selbstredend mehr Rechte: „Wir leisten 22 Prozent des UN-Budgets, weit mehr als jedes andere Land. [...] Bekommen wir das, wofür wir zahlen?“ warnte die Ständige Vertreterin der USA bei den Vereinten Nationen Nikki Haley die Völkergemeinschaft.¹⁰

Trotz der Lautstärke, mit der Trumps Administration diese Sicht vertritt, ist der transaktionale Ansatz jedoch

Abb. 1: Die Zufriedenheit mit den Vereinten Nationen in den USA seit 2000 (in %)

Quelle: Justin McCarthy, In U.S., 37% Say UN Doing ‚Good Job‘ Solving Problems, Gallup, Februar 2017, <http://news.gallup.com/poll/204290/say-doing-good-job-solving-problems.aspx> (Stand 24.2.2017).

keine Erfindung seiner Regierung. Sie verstärkt allerdings den parteiübergreifenden ‚instrumentellen Multilateralismus‘¹¹, den schon seine Vorgängerregierungen verfochten, insbesondere wenn es darum ging, die UN zu reformieren. Auch Präsident Trump kann dabei auf breite Unterstützung im US-Kongress zählen und dieser wiederum entspricht den kritischen Einstellungen in der Bevölkerung.

Höhere Mächte: „Volkes Stimme ist Gottes Stimme“

„Vox populi vox dei: Volkes Stimme ist Gottes Stimme“ – dieser lateinische Sinnspruch ist in den USA im doppelten Sinne zutreffend: Nicht nur, dass die dortige öffentliche Meinung erhebliches Gewicht hat. Das amerikanische Volk, das sich in seiner großen Mehrheit in einem Bund mit dem Allmächtigen wähnt, ist alleiniger Souverän. Jede supranationale Instanz, die die nationale Souveränität von „God’s Own Country“ auszuhöhlen versucht, stößt auf erbitterten Widerstand. Während weltweit viele Befürworter der Vereinten Nationen von einer Weltregierung träumen, wäre diese Vorstellung für die meisten Amerikanerinnen und Amerikaner ein Albtraum. Im besten Falle werden die UN als ein von den USA geschaffenes Instrument gesehen, das amerikanische Werte und Interessen durchzusetzen hilft. In ihrer Anhörung vor dem Auswärtigen Ausschuss des US-Senats erklärte

Nikki Haley ihre Aufgabe als künftige UN-Botschafterin der USA dementsprechend: „Mein Ziel für die Vereinten Nationen wird es sein, ein internationales Organ zu schaffen, das den Interessen des amerikanischen Volkes besser dient.“¹²

Aus amerikanischer Sicht wird entscheidend sein, ob sich die Vereinten Nationen als Instrument bewähren, das Probleme wirklich zu lösen vermag. Zwar hat die multilateral-internationalistische Orientierung in der amerikanischen Bevölkerung seit dem Irakkrieg 2003 spürbar nachgelassen. Das bedeutet aber nicht notwendigerweise einen nachhaltigen Isolationismus. Die Mehrzahl der Amerikaner erwartet weiterhin, dass sich ihre Regierung internationaler Probleme annimmt.¹³ Auch in der jährlichen ‚World Affairs‘-Umfrage der renommierten Gallup-Organisation wird deutlich, dass die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung parteiübergreifend weiterhin der Meinung ist, dass die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle bei internationalen Angelegenheiten spielen sollten.

Gleichwohl ist die US-Bevölkerung skeptischer geworden, ob die Vereinten Nationen ihren Aufgaben gerecht werden. Mittlerweile fragen sich nicht nur die große Mehrheit der Republikaner, sondern auch mehr den Demokraten nahestehende Wählerinnen und Wähler, ob die Vereinten Nationen noch leistungsfähig sind. Insgesamt bescheinigen sechs von zehn Amerikanerinnen und Amerikanern den Vereinten Nationen „schlechte Arbeit“. Nur

noch ein Drittel (37 Prozent) der US-Bevölkerung ist der Ansicht, dass die Vereinten Nationen „gute Arbeit leisten, die an sie gestellten Aufgaben und Probleme zu lösen“.¹⁴

Die Analyse der Umfrageergebnisse zeigt, dass insbesondere die Republikaner kritisch eingestellt sind – Wählerinnen und Wähler also, die derzeit mehrheitlich im Kongress und im Weißen Haus repräsentiert werden. Nur noch einer von sechs Republikanern (16 Prozent) stellen den Vereinten Nationen ein positives Arbeitszeugnis aus.¹⁵

Kritiker in Kongress und Regierung nutzen die schlechten Umfragewerte der UN als Argument, um ihre Reforminitiativen zu rechtfertigen. Nikki Haley unterstützte ihre Kandidatur als US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen bei ihrer Kongress-Anhörung mit der – wie sie betonte – „ehrlichen Beurteilung“: Die Vereinten Nationen seien „eine Institution, die häufig dem nationalen Interesse der USA und deren Steuerzahler widerspricht“. Sie lobte bei dieser Gelegenheit die bisherigen Anstrengungen der amerikanischen Volksvertreterinnen und -vertreter, die Vereinten Nationen grundlegend zu reformieren.¹⁶

Der US-Kongress: Mit der ‚Macht der Geldbörse‘

Der Kongress hat als Haushaltsbewilliger im politischen System der USA die sprichwörtliche „Macht über die Geldbörse“ („power of the purse“) und kann damit die eigenen institutionellen Interessen gegenüber dem Präsidenten artikulieren. Er bestätigt damit nicht nur das außenpolitischen Personal, sondern bewilligt auch das Budget für die Außenpolitik.

Eine umfassende Studie des „ambivalenten“ Verhältnisses zwischen den Vereinten Nationen und den Vereinigten Staaten beschreibt den „harten Kern von Skeptikern“, die während der vergangenen acht Jahrzehnte im Kongress sehr stark vertreten waren.¹⁷ Um Reforminitiativen voranzutreiben, hat die US-Legislative immer wieder Vorstöße gemacht, die die Leistung von US-Beitragszahlungen von der Reformfähigkeit der Vereinten Nationen abhängig machten.¹⁸

Bereits in der Amtszeit George W. Bushs empfahlen den Republikanern nahestehende Think Tanks wie die Heritage Foundation den Gesetzgebern, sämtliche UN-Abteilungen einer Rechnungsprüfung zu unterziehen, um zu gewährleisten, dass jedes UN-Programm modernen Management- und Buchhaltungserfordernissen gerecht wird. Empfohlen wurde zudem zu prüfen, welche Beitragsverpflichtungen für die USA in freiwillige Zuwendungen umgewidmet werden könnten. Man rief ebenso erneut dazu auf, die Abstimmungen über UN-Haushalts-

fragen und Programmprioritäten gemäß den Beitragsleistungen der einzelnen Länder zu gewichten.¹⁹ Sollte dies nicht möglich sein, so die Ergänzung, müssten die Lasten der größeren Beitragszahler auf mehrere Länder verteilt werden. Insbesondere fiskal-konservative Abgeordnete fordern, den US-Beitragsatz grundsätzlich zu verringern.

Trump in den UN: Eine Stimme der Macht

Donald Trump, der mithilfe seines ‚Amerika First‘-Populismus in das Weiße Haus gewählt wurde,²⁰ punktet innenpolitisch mit Einsparungen an liberal-internationalem Engagement. Sein erster Haushaltsentwurf, den er im März 2017 dem Kongress vorlegte,²¹ zeigte deutlich, dass sich der neue US-Präsident weniger um diplomatische Mittel bemüht, sondern die harte Macht der USA aufrüsten will: Im Jahr 2018 sind knapp drei Milliarden US-Dollar mehr für den Heimatschutz und über 54 Milliarden US-Dollar zusätzlich für die militärische Rüstung vorgesehen. Diese enormen Summen sollen vor allem auf Kosten der Entwicklungshilfe, der Umweltschutzbehörde und des Außenministeriums gehen. Gekürzt werden auch die Zuwendungen für die Vereinten Nationen. Dies sei kein „Soft-Power-Budget“, erklärte Mick Mulvaney, der Direktor des Büros für Verwaltung und Budget der US-Regierung: „Dies ist ein Hard-Power-Budget, das mit Absicht erstellt wurde. Der Präsident will ein sehr deutliches Signal an unsere Alliierten und unsere möglichen Gegner senden, dass sie es mit einer Regierung mit starker Macht zu tun haben.“²²

Um diese Macht zu demonstrieren, bezifferte US-Präsident Trump in seiner ersten Rede vor der UN-Generalversammlung die Militärausgaben der USA und kritisierte die Hauptbeitragslast seines Landes. Die USA, so Trump, zahlten weit mehr als gerecht ist, um die Vereinten Nationen arbeitsfähig zu halten. Und die „Ergebnisse“ rechtfertigten in keiner Weise die „Investitionen“ seines Landes, bemängelte er.²³

Bereits einen Tag vor seiner Rede hatte der Geschäftsmann Trump die „Bürokratie und Misswirtschaft“ der Vereinten Nationen angeprangert und hervorgehoben, dass sich das reguläre Budget der Weltorganisation seit 2000 um 140 Prozent vergrößert und die Zahl der Mitarbeiter mehr als verdoppelt habe.²⁴

Amerikas Kritik ist nicht neu: Auch schon vor Trump hat die US-Regierung eine „nachhaltige Reformrevolution“²⁵ der Vereinten Nationen gefordert.²⁶ Die Finanzierung solle künftig stärker auf freiwilliger Basis erfolgen. Die Vereinten Nationen sollen dadurch transparenter werden und ihrer Rechenschaftspflicht besser nachkommen. Regelmäßige Programmevaluierungen könnten Einspa-

rungen erzielen und die insgesamt knapperen Ressourcen den von den USA präferierten Aufgaben zugewendet werden. Dabei sollen vor allem UN-Peacekeeping-Operationen auf den Prüfstand.

Konkrete Maßnahmen der Trump-Regierung

Seit dem Irakkrieg im Jahr 2013 haben die Vereinten Nationen in den USA merklich an öffentlicher Zustimmung verloren. Meinungsführer, Experten und Entscheidungsträger im Kongress und in der Regierung haben sich zunehmend kritisch geäußert und grundlegende Reformen für die Weltorganisation gefordert. Die USA – einst einer der wesentlichen Akteure in der Gründung der UN – drohen wieder einmal, ihr überlebenswichtige Beitragszahlungen vorzuenthalten. Auf Druck Washingtons wurde das reguläre Zweijahresbudget der UN für die Jahre 2018 und 2019 bereits um 285 Millionen Dollar gekürzt. Und US-Botschafterin Haley drohte bei der Bekanntmachung am 24. Dezember 2017 gleich mit weiteren Einsparungen.²⁷

Der Austritt der USA aus der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization – UNESCO) im Oktober 2017 war ein erstes Warnsignal. Ihm vorausgegangen war ein jahrelanger Streit über die Mitgliedschaft Palästinas in der UNESCO. Nach dem Mitgliederentscheid der UNESCO, die palästinensische Autonomiebehörde als Staat ‚Palästina‘ aufzunehmen, hatten die USA bereits unter Präsident Barack Obama im Jahr 2011 die Zahlungen eingestellt, um ihre Verbundenheit mit Israel zu demonstrieren. Das ist nicht ohne Belang: Bisherige Erfahrungen – darunter auch die Vorenthaltung von Beitragsleistungen in den 1990er Jahren – zeigen immer wieder, dass die jeweilige Zuwendungsbereitschaft der USA zu den Vereinten Nationen „in höchstem Maße Umfang und Nachhaltigkeit von UN-Handeln beeinflusst“.²⁸

Die seit Jahrzehnten vorherrschende US-Strategie des instrumentellen Multilateralismus wird sich auch unter der derzeitigen Administration substantiell kaum ändern. Auch Trump geht es vorrangig darum, mittels der Weltorganisation amerikanische Interessen zu fördern oder zu legitimieren. Wenn dies nicht gelingt, so erinnerte im

Herbst 2017 Zalmay Khalilzad, US-Botschafter bei den UN von 2007 bis 2009, dann wird Washington seine außenpolitischen Ziele auf anderen Wegen durchsetzen, wenn nötig im Alleingang oder mit ausgesuchten Partnern, etwa mit „Koalitionen der Willigen“.²⁹

Der statusbewusste Präsident Trump wird die Militär- und Finanzmacht einsetzen, um Washingtons Willen gegen andere Nationen durchzusetzen.³⁰ Dass seine mahnenden Worte ihre Wirkung nicht verfehlten, wurde bereits deutlich, als UN-Generalsekretär António Guterres im September 2017 verkündete, nunmehr „ergebnisorientiert“ arbeiten und sprichwörtlich das „Preis-Leistungs-Verhältnis“ – „the value for money“ – der von ihm geführten Organisation verbessern zu wollen.³¹

Mehr Verantwortung: Deutsche und europäische Handlungsoptionen

Die deutsche und europäische Politik sollte über die seit Jahrzehnten angestaute Kritik der USA gegenüber den Vereinten Nationen nicht hinwegsehen. Denn mit einer Schwächung der UN durch die USA wären insbesondere deutsche Interessen berührt: Da die deutsche Außenpolitik der multilateralen Grundorientierung ihrer Bevölkerung folgt, haben die Vereinten Nationen für die Bundesrepublik eine große Bedeutung.

Zu verhindern ist daher, dass sich die politischen Standpunkte und Weltansichten dies- und jenseits des Atlantiks noch weiter auseinanderentwickeln. Die deutsche Politik sollte im Blick auf einen effektiven Multilateralismus deshalb pragmatisch jene US-Reforminitiativen unterstützen, die im gemeinsamen transatlantischen Interesse liegen. Die Stabilisierung prekärer und zerfallender Staaten sollte dabei als transatlantische Sicherheitsmaßnahme angesehen werden, denn sie hilft, Terrororganisationen den Nährboden zu entziehen und den Ursachen für die regional destabilisierende Massenflucht zu begegnen.³²

Diese strategische Aufgabe erfordert auch eine langfristige und kooperative Arbeitsteilung zwischen NATO und UN. Mögliche Kooperationen zwischen der UN und der Nato, etwa bei der Beilegung von Konflikten und der Friedenskonsolidierung, können dazu beitragen, die USA vom Wert der Vereinten Nationen zu überzeugen.

Der Verweis auf das „Preis-Leistungs-Verhältnis“ kann für den „Geschäftsmann“ Trump dabei gut sein: Denn die Kosten für jeden UN-Blauhelm sind im Vergleich zu denen, die pro Soldatin oder Soldat für die USA, die NATO oder andere NATO-Verbündete für Friedenseinsätze anfallen, um ein Vielfaches geringer.³³ Und dies ist ein durchaus guter ‚Deal‘ für die USA, um mit den Worten Trumps zu argumentieren.

Deutschland sollte mit gutem Beispiel vorangehen und seiner Ankündigung, mehr globale Verantwortung übernehmen zu wollen, auch im Bereich der Friedenssicherung Taten folgen lassen.³⁴ Bisher liegt Deutschland als Entsendestaat bei UN-Friedenssicherungseinsätzen nur an 48. Stelle von insgesamt 124 Staaten. Deutsche Spezialisten für Transport und Aufklärung etwa könnten die kritische Anfangsphase von UN-Friedensoperationen unterstützen. Eine stärkere Truppenentsendung

durch westliche Staaten wirkt auch der „Zweiklassengesellschaft“ unter den bereitgestellten UN-Blauhelmsoldaten entgegen: Denn bislang stellen überwiegend Staaten des globalen Südens das Personal für Friedensmissionen der UN.³⁵

Der Beitrag wird in einer leicht gekürzten Fassung auch in der Fachzeitschrift Vereinte Nationen Nr. 1/2018 veröffentlicht.

Dr. Josef Braml ist USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und Autor des Buches „Trumps Amerika – Auf Kosten der Freiheit“.

Anmerkungen

- 1 Der Begriff ‚transaktionale Führung‘ bringt sowohl die Beziehungs- als auch Inhaltsebene zum Ausdruck. In diesem hierarchischen Austauschverhältnis gibt ein Vorgesetzter – in diesem Fall US-Präsident Donald Trump – eine Zielvereinbarung mit spezifischen Erwartungen vor und belohnt oder bestraft die Untergebenen mit finanziellen oder immateriellen Vorteilen beziehungsweise Nachteilen, wenn sie die Anforderungen erfüllen oder verfehlen. Ausführlicher zur ‚transaktionalen Führung‘ siehe James MacGregor Burns, *Leadership*, New York 1978.
- 2 Ungeachtet seiner Unzulänglichkeiten sollte schon nach dem Ansinnen der frühen Siedler der Neuen Welt das ‚amerikanische Experiment‘ die Welt verbessern. Siehe dazu ausführlicher Philip Gorski, *American Covenant. A History of Civil Religion from the Puritans to the Present*, Princeton, NJ 2017.
- 3 Seymour Martin Lipset, *American Exceptionalism. A Double-edged Sword*, New York/London 1996; Michael Ignatieff (Hrsg.), *American Exceptionalism and Human Rights*, Princeton, NJ 2005.
- 4 So der 16. US-Präsident Abraham Lincoln, der von 1861 bis 1865 regierte.
- 5 Die Bezeichnung stammt von dem puritanischen Pionier John Winthrop aus dem Jahr 1630 in Anspielung auf das biblische Jerusalem, das einen engen Bund mit Gott hatte.
- 6 Ausführlicher zu den unterschiedlichen, kontinuierlich widerstreitenden Elementen der nationalen Identität der USA siehe Walter Russel Mead, *Special Providence. American Foreign Policy and How It Changed the World*, New York 2001.
- 7 White House, *A New National Security Strategy for a New Era*, Washington, DC, 18.12.2017, S. 55, <https://www.whitehouse.gov/articles/new-national-security-strategy-new-era/>
- 8 Ebd., S. 2f.
- 9 Herbert R. McMaster/Gary D. Cohn, *America First Doesn't Mean America Alone*, Wall Street Journal, 30.5.2017, <https://www.wsj.com/articles/america-first-doesnt-mean-america-alone-1496187426>
- 10 Nikki Haley, *Opening Statement of Governor Haley at the Senate Foreign Relations Committee*, Washington, DC, 18.1.2017, https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/011817_Haley_Testimony.pdf
- 11 Siehe dazu ausführlicher Josef Braml, *Amerikas UN-Reform-Agenda. Die Debatte zur Reform und Zukunft der Vereinten Nationen*, Stiftung Wissenschaft und Politik, S 19/06, Berlin 2006; siehe auch Peter Rudolf, *George W. Bushs außenpolitische Strategie*, Stiftung Wissenschaft und Politik, S 25/05, Berlin 2005, S. 19.
- 12 Haley, *Opening Statement*, a.a.O. (Fn. 10).
- 13 Chicago Council on Global Affairs, *Global Views 2016*, 11.7.2016, S. 4 (Frage 3), http://logon.thechicagocouncil.org/UserFiles/File/POS_Topline%20Reports/CCS2016/2016ChicagoCouncilSurvey-Topline.pdf?_ga=2.61257324.1392852137.1513882784-1900933160.1513882784
- 14 Justin McCarthy, *In U.S., 37% Say UN Doing 'Good Job' Solving Problems*, Gallup, Februar 2017, <http://news.gallup.com/poll/204290/say-doing-good-job-solving-problems.aspx>
- 15 Ebd.
- 16 Haley, *Opening Statement*, a.a.O. (Fn. 10).
- 17 Edward Luck, *Mixed Messages. American Politics and International Organization 1919–1999*, Washington, DC 1999, S. 13.
- 18 Ausführlicher zu den bisherigen Reformbemühungen siehe Luisa Blanchfield, *United Nations Reform. Background and Issues for Congress*, Congressional Research Service, Washington, DC 2015.
- 19 Siehe zum Beispiel die Ausführungen des ehemaligen Assistant Secretary of State for International Organization Affairs und nunmehr wieder Experten der Heritage Foundation Kim R. Holmes, *The Challenges Facing the United Nations Today. An American View*, vorbereitetes Manuskript der Rede beim Council on Foreign Relations, 21.10.2003.
- 20 Josef Braml, *Trumps Amerika – Auf Kosten der Freiheit*, Berlin 2016.
- 21 White House, Office of Management and Budget, *America First. A Budget Blueprint to Make America Great Again*, Washington, DC, März 2017, https://www.whitehouse.gov/sites/whitehouse.gov/files/omb/budget/fy2018/2018_blueprint.pdf
- 22 Mick Mulvaney, zitiert in: Russell Berman, *President's 'Hard Power' Budget*, The Atlantic, 16.3.2017, <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2017/03/president-trumps-hard-power-budget/519702/>
- 23 White House, *Remarks by President Trump to the 72nd Session of the United Nations General Assembly*, 19.9.2017, <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-72nd-session-united-nations-general-assembly/>
- 24 Donald Trump zitiert in: Steve Holland, *In First Visit, Trump Urges Reform so U.N. Can Meet Full Potential*, Reuters, 18.9.2017, <https://ca.reuters.com/article/topNews/idCAKCN1BT1QI-OCATP>
- 25 Diese forderte bereits US-Präsident George W. Bushs Außenministerin Condoleezza Rice, *Address by Secretary of State at 60th UN General Assembly*, U.S. Department of State, Office of the Spokesman, Washington, DC, 17.9.2005.
- 26 Ausführlicher zu den Reformbemühungen der US-Regierungen unter den Präsidenten George W. Bush und Barack Obama siehe Blanchfield, *United Nations Reform*, a.a.O. (Fn. 18).
- 27 United States Mission to the United Nations (USUN), *Ambassador Haley on the United States Negotiating a Significant Reduction in the UN Budget*, Washington, DC, 24.12.2017, <https://usun.state.gov/remarks/8243>
- 28 Rosemary Foot/S. Neil MacFarlane/Michael Mastanduno, *Conclusion: Instrumental Multilateralism in US Foreign Policy*, in: dies. (Hrsg.), *US Hegemony and International Organizations. The United States and Multilateral Institutions*, Oxford 2003, S. 265–272, hier S. 271; siehe auch Edward Luck, *American Exceptionalism and International Organizations. Lessons from the 1990s*, in: ebd., S. 25–48.
- 29 Zalmay Khalilzad, *Trump and the United Nations: Reform or Die?*, National Interest, 17.9.2017, <http://nationalinterest.org/feature/trump-the-united-nations-reform-or-die-22349>
- 30 Gemäß der Weberschen Definition bedeutet Macht „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“ Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1972 (5. Aufl., 1. Aufl. 1921/1922), S. 28.
- 31 António Guterres, *Remarks at UN Reform Event*, New York, 18.9.2017, <https://www.un.org/sg/en/content/sg/speeches/2017-09-18/secretary-generals-reform-remarks>
- 32 Zumal die amerikanische UN-Botschafterin UN-Peacekeeping-Operationen als „Bereich mit großem Reformpotenzial“ identifizierte: Nikki Haley, *Remarks at the Council on Foreign Relations*, New York City, 29.3.2017, <https://usun.state.gov/remarks/7730>
- 33 William J. Durch et al., *The Brahimi Report and the Future of Peace Operations*, The Stimson Center, Washington, DC 2003.
- 34 So auch die Forderung von Detlef Dzembitzki, *UN-engagiertes Deutschland?*, Vereinte Nationen, 3/2017, S. 122.
- 35 Christian Stock/Johannes Warwick, *Keine Partner zweiter Klasse: Die Truppenstellerstaaten der Vereinten Nationen verdienen Deutschlands Unterstützung*, DGVN Policy Paper, 1/2012, http://www.dgvn.de/fileadmin/user_upload/PUBLIKATIONEN/Policy_Paper/PolicyPaper1-2012.pdf

DGAPkompakt / Nr. 3 / Januar 2018



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).
This work is licensed under a [Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International License](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik
German Council on
Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17/18 · 10787 Berlin
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16
info@dgap.org · www.dgap.org

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik e.V.
ISSN 2198-5936

Redaktion Eva-Maria McCormack

Layout/Satz Andreas Alvarez, Reiner Quirin
Designkonzept Carolyn Steinbeck · Gestaltung